V.

Die Unionsynode in Breslau 1822.

Die Geschichte der Union weist in Schlesien viele Momente hoher Spannung auf. Die mit der Separation zusammenhängenden Geschicknisse haben die Aufmerksamkeit so stark auf sich gezogen, daß andere darüber zu wenig beachtet worden sind. Ein Vorgang von großem sachlichen Interesse ist die Breslauer Synode von 1822. Soweit ich zu sehen vermag, hat nur Erich Foerster, Die Entstehung der Preussischen Landeskirche, Bd. 2, S. 43 ff., sich mit dieser Synode beschäftigt. Aber es lohnt sich, ihr Gedächtnis aufzufrischen.

1.

1817 erließ Friedrich Wilhelm III. den bekannten Aufruf zur Union. Darin befürwortete er eine Vereinigung der lutherischen und der reformierten Kirche, bei der weder diese zu jener, noch jene zu dieser übergehen, sondern beide eine „neubelebte, evangelisch-christliche Kirche im Geiste ihres heiligen Stifters“ werden sollten. Er feierte selbst die Vereinigung der reformierten Hof- und der lutherischen Garnisonsgemeinde in Potsdam durch Teilnahme am Gottesdienst mit Abendmahlsfeier.

Die Aufnahme des Aufrufs war sehr freundlich. Aber die Zahl der Gemeinden, die ihm praktische Folge gaben, war trotzdem nicht sehr groß. So war es auch in Schlesien. Foerster nennt als Gemeinden, die tatsächlich alsbald Anfänge der Vereinigung machten, Glogau, Tiefhartmannsdorf (Kr. Schönau), Zessell, Kr. Dels; in einigem Abstand Oppeln. Wichtig aber war, daß die evangelisch-theologische Fakultät in Breslau den Gedanken mit besonderem Eifer aufgenommen hatte. Sie feierte gemeinsam das heil. Abendmahl. Diesen Schritt deutete ihr Dekan 1822 dahin, die Fakultät

¹⁾ A. a. O. Bd. II S. 27, Oppeln Bd. II, S. 30.

habe „selbst sich schon seit geraumer Zeit für eine evangelische oder für eine solche erklärt, in welcher der Unterschied des Evangelisch-Lutherischen und des Reformierten in einer höheren Einheit aufgegangen ist.“

Es schien also wünschenswert, die Sache der Union rascher voranzutreiben. Zu diesem Zweck wählte das Königl. Konsistorium in Breslau einen eigentümlichen Weg. Erinnerung muß daran, daß diese (erst 1815 eingerichtete) Behörde keine evangelische Kirchenbehörde, sondern ganz und gar eine Staatsbehörde war, die auch nicht auf landeskirchliche Angelegenheiten beschränkt war. Mitglied dieses Konsistoriums war der vielgenannte Rationalist David Schulz, der zugleich als Professor zur Fakultät gehörte. Es liegt nahe, anzunehmen, daß Schulz an dem Plan, durch eine Synode der Union in Schlesien vorwärts zu helfen, in vorderster Linie beteiligt war. So würde sich auch am besten die auffallende Tatsache erklären, daß das Konsistorium die Einberufung und Abhaltung der Synode ganz in die Hände der Fakultät legte: ein Vorgang, der kaum irgend sonst begegnet.

Die von der Theologischen Fakultät berufene Synode fand am 1. und 2. Oktober 1822 in Breslau im Musiksaal der Universität statt. Wir besitzen ein Druckheft, das ihre Verhandlungen urkundlich beschreibt: „Unionsverhandlungen der Synode zu Breslau, welche von den evangelischen Geistlichen der Provinz Schlesien unter Leitung der evangelisch-theologischen Fakultät am 1. und 2. Oktober 1822 gehalten worden. Statt einer Abschrift. Breslau 1822.“ Dieses Heft enthält:

1. Gebet zur Eröffnung der Synode, gesprochen vom Dekan D. von Coelln.
2. Rede zur Eröffnung der Synode im Namen der Fakultät, gesprochen von demselben. (20 Quartseiten lang.)
3. Fraggunkte, der Synode von der Fakultät vorgelegt.
4. Protokoll der Synode.

Aus dem Protokoll ergibt sich die Zusammensetzung der Synode. Diese zeigt ein ganz eigentümliches Bild. Zur Synode gehörten:

1. Die Mitglieder der Fakultät v. Coelln, Schulz, Gäß, Middeldorpf. — Das Protokoll rechnet nicht zur Fakultät

²⁾ Unionsverhandlungen (genauer Titel s. u.) S. 6.

tät den Professor Scheibel, der jedoch als Diakonus von St. Elisabeth Mitglied der Synode war. Scheibel unterzeichnet sich wörtlich als „Dr. der Theologie, von Sr. Majestät designierter und ernannter Professor derselben und 5. Diakonus an der Elisabeth-Kirche“. Er muß hiernach etwa eine Stellung gehabt haben, die man als Titularprofessor oder ordentlicher Honorarprofessor bezeichnen könnte. Freilich bleibt dunkel, wie jemand zugleich designierter und ernannter Professor sein kann³⁾.

2. Die drei reformierten Pastoren von Breslau und Glogau; ein reformierter von Breslau fehlte wegen Krankheit. Die reformierten Pastoren rangieren vor den lutherischen; zu ihnen gehörte der Hofprediger.

3. Die sämtlichen lutherischen Geistlichen von Breslau und den zu Breslau gehörigen Landkirchen. Wegen Krankheit konnten von 24 lutherischen Geistlichen der Stadt 2 nicht erscheinen, 22 nahmen teil. Die 3 „Ruralgeistlichen“ waren anwesend, ebenso die beiden Militärgeistlichen. Anwesend waren insgesamt 27 lutherische Geistliche aus Breslauer Stadt- und Landgemeinden.

4. 21 Provinzgeistliche, nämlich 15 Superintendenten, 2 Senioren, 3 Pastoren, 1 Diakonus.

Außerdem als Gäste 2 Pastoren. Nach welchen Gesichtspunkten die Auswahl der Provinzgeistlichen getroffen worden war, ist nicht gesagt; doch war sicher der Wunsch maßgebend, die einzelnen Synoden vertreten sein zu lassen. Die Provinzgeistlichen waren Vertreter ihrer Kirchenkreise. Nur Breslau war ganz stark bevorzugt.

2.

Die Fakultät hatte die Leitung der Synode vollständig in der Hand. Sie hatte das Arbeitsprogramm ausgearbeitet; sie gab den Beratungen durch von Coellns Eröffnungsrede die Richtung; sie legte der Synode 34 Fraggunkte vor; ihr Dekan (am 2. Tag D. Schulz) leitete die Aussprache.

Von vornherein legte die Fakultät fest, daß nicht von den äußeren Formen der Vereinigung gehandelt werden solle. Allerdings sei das Außerliche in der letzten Zeit

³⁾ Froböb sagt (Realenz, Band 17 S. 548), Sch. habe eine außerordentliche Professur erhalten und sei 1818 ordentlicher Professor geworden. Diese Nachricht bedarf nach obigem genauerer Fassung. Froböb sagt, Sch. sei seit 1815 als dritter Geistlicher an St. Elisabeth angestellt gewesen. Das stimmt keinesfalls.

nicht selten so behandelt worden, als sei es die Hauptsache. Aber es könne in Wirklichkeit keineswegs die Hauptsache sein. Denn selbst in den Kirchen gleicher Konfession seien ja große Verschiedenheiten im Äußerlichen vorhanden. Es sei sehr wohl eine Vereinigung denkbar, „wengleich die Verschiedenheit in Gebrauch und Verfassung nicht sogleich könnte vollständig gehoben werden“. Auch werde gerade „die Herbeiführung einer solchen Gleichförmigkeit den meisten Widerspruch bei den Gemeinen antreffen, deren Mehrzahl bekanntlich nur mit Widerstreben sich Gebräuche entreißen läßt, welche eine lange Gewohnheit und die Weihe des Altertums scheinen bestätigt zu haben“. Also solle die Synode ihre Verhandlungen „lediglich auf das Innerliche der Vereinigung, oder die streitigen Lehrpunkte“, beschränken. Dabei komme es nun auf die Grundsätze an, nach denen zu verfahren sei. Es wäre falsch, auf „allenfallige Zusammenschmelzung abweichender menschlicher Autoritäten“ auszugehen. Vielmehr müsse auf die heilige Schrift, als die gemeinsame Autorität zurückgegangen werden. Die Bestimmungen, worin beiden Kirchen voneinander abweichen, müßten eben nicht als unmittelbares Ergebnis der Schriftforschung, sondern als Früchte einer theologischen Spekulation gelten, welche mehr bestimmen und ausmachen wollte, als die göttliche Offenbarung uns mitzuteilen für heilsam erachtete“. „Jede Verhandlung über die kirchlichen Differenzpunkte pflege, weit entfernt, die bestehenden zu heben, nur neue Differenzen herbeiführen“. „Wieviel sicherer und einfacher dagegen das Verfahren: eine Differenz, deren man sich von beiden Seiten gar nicht mehr deutlich bewußt ist, auch unberührt zu lassen, um die richtige Vorstellung, ohne Berücksichtigung der Differenz, unmittelbar aus der gemeinsamen Quelle des christlichen Glaubens neu zu begründen“.

Praktisch sei es, so führte der Dekan weiter aus, die Verhandlungen auf zwei Punkte zu beschränken: die Art der Gegenwart des Leibes Christi im heil. Abendmahl und die unbedingte Gnadenwahl. Von diesen beiden Punkten seien alle übrigen Verschiedenheiten ausgegangen, mit ihnen würden sie sich daher auch wieder auflösen.

Endlich erwähnte er die Stellung zu den Bekenntnisschriften. Die Fakultät empfahl, in Konsequenz der dargelegten Stellung nur die hl. Schrift als Norm der Lehre der vereinigten Kirche zu bestätigen, die Bekenntnisschriften aber nur „als Zeugnisse für die Klarheit und

Festigkeit der Überzeugung bei den Reformatoren, für den Mut und die Freudigkeit, womit sie dieselbe aussprachen und verteidigten, für den evangelischen Geist, von welchem sie durchdrungen waren, als Zeugnisse endlich für die wirkliche Reinigung des Lehrbegriffs von mannigfachem Wahne, und für den Grundsatz, daß das Evangelium allein und nicht irgend eine Menschenfassung in Glaubenssachen entscheiden dürfe“, in einem ehrenvollen Andenken unter den Gliedern der evangelischen Kirche zu erhalten.

Die 34 F r a g p u n k t e , welche die Fakultät der Synode vorlegte, entsprechen diesen Grundsätzen. 6 Fragsätze galten der Einrichtung der Synode im Allgemeinen, 6 ihrer Verhandlungsweise, 8 dem Abendmahl, 10 der Prädestination, 4 den Bekenntnisschriften. Um ein Beispiel zu geben, seien die für die gesamte Verhandlung wichtigsten Fragpunkte 7—12 hier mitgeteilt:

7. Sind die Synodalen darin einverstanden, daß das Innerliche die Hauptsache bei der Vereinigung ausmache, und sie sich auch nur darauf zu beschränken haben?

8. Sind sie der Meinung, daß die Festsetzung des gemeinsamen Ausdrucks der Überzeugung in den streitigen Punkten nur nach den heiligen Schriften als nach dem Worte Gottes, nicht aber nach menschlichen Autoritäten erfolgen dürfe?

9. Sind sie daher entschlossen, bei den obwaltenden Differenzpunkten alle diejenigen Bestimmungen aufgeben zu wollen, welche nur durch menschliche Autoritäten, nicht aber durch das ausdrückliche Zeugnis des göttlichen Wortes können entschieden werden?

10. Sind sie willig, jeden Parteigeist abzulegen und die biblischen Zeugnisse, ohne Berücksichtigung einer kirchlichen Vorstellung, nur nach dem erweislichen Zusammenhange und Sprachgebrauche deuten zu wollen?

11. Sind sie entschlossen, jede Berufung auf Bekenntnisschriften, Namen und Autoritäten der Reformatoren, jede Herbeiziehung bloß theologischer Spekulation bei der Erörterung des Biblisch-Evangelischen vermeiden zu wollen?

12. Kommen sie überein, daß die zwei Differenz-Punkte, nämlich die Fragen über die Art und Weise der Gegenwart des Leibes Christi im heiligen Abendmahl und über den Grund der Vorherbestimmung, brauchen in Betracht zu kommen?

3.

Die Fakultät hatte gut vorgearbeitet. Unter beständiger Veteuerung, daß ihr „jeder Gedanke an Vorschreiben, Anordnen, Verfügen“ fernliege; daß sie keinen Vorrang vor den einzelnen Synodalen begehre, hatte sie durch die Eröffnung und durch die Fraggunkte die Dinge so geleitet, daß die Synode nahezu nicht anders konnte, als die von der Fakultät gewiesene Bahn gehen. Das hat sie denn auch in vollem Umfang getan.

Die Verhandlungen über die 34 Fraggunkte waren nicht sehr ausführlich. Die ganze Synode dauerte zwei Tage; am ersten Tag 5 Stunden; man erledigte bereits an diesem Tag mehr als die Hälfte der Fraggunkte. Das Protokoll gibt nur die Abstimmungsergebnisse. Weitaus die meisten Fragen wurden einstimmig bejaht. Bei Frage 19 vom Abendmahl bejahte die Synode, daß die heilige Schrift über die Art und Weise der äußeren Feier keine genau bestimmten und unveränderlichen Anweisungen enthalte, fügte aber hinzu, „daß ein gleicher Ritus wünschenswert, wenn auch nicht durchaus notwendig erscheine“. Zur gesamten Lehre vom heil. Abendmahl erklärte die Synode, daß man in diesem Stück „an den als biblisch anerkannten Bestimmungen streng festhalten, einen jeden, welcher diese annimmt, als Mitglied der evangelischen Kirche betrachten wolle, und jederzeit bereit sei, mit allen Solchen in eine kirchliche Gemeinschaft zu treten“ (zu Frage 20).

Nur ein einziges Mitglied der Synode störte die allgemeine völlige Übereinstimmung. Professor und Diakonus Scheibel gab betr. mehrerer Sätze vom Abendmahl seinen Widerspruch zu Protokoll; auch gab er zur gesamten Lehre vom Abendmahl Erklärungen ab, die den Differenzen in diesem Punkt viel weitere Ausdehnung und Bedeutung zuschrieben. Und er fügte zu den Sätzen über die Bekenntnisschriften hinzu, „daß er von den symbolischen Büchern der Lutherischen Kirche nicht nur dem Geiste nach, sondern auch in Hinsicht der darin aufgestellten Bibelstellen niemals abweichen würde“.

Bei anderen Fraggunkten ist kein Dissensus Scheibels vermerkt. Daß er nicht bei weitaus mehr Punkten widersprochen hat, ist auffallend. Denn die Zustimmung z. B. zu Punkt 13—15 setzt, streng genommen, Zustimmung zur Union voraus, und das Ja zu Punkt 8—10 widerspricht Scheibels oben erwähnter Erklärung zur Frage der Bekenntnis-

schriften. Aber Scheibel dissentierte auch bei der Antwort auf die entscheidende Schlußfrage: „ob die Synodalen, gemäß ihrer Übereinstimmung in den bisher verhandelten Punkten, sich in der schon angegebenen Hauptsache als unter sich evangelisch vereinigt ansehen könnten, und willig seien, ein jeder in seinem Kreise, die Vereinigung in diesem Sinne zu befördern.“ Er war der einzige Widersprechende.

Man beschloß noch, dem Konsistorium die Verhandlungen im Original einzureichen (und zwar durch die Fakultät) und es zu bitten, „das so glücklich begonnene Werk der Vereinigung bestens weiter zu fördern“ und die Drucklegung der Verhandlungen zu gestatten.

Ein merkwürdiges Zwischenspiel folgte, bevor geschlossen werden konnte. Die Synode gab dem allgemeinen Wunsch Ausdruck, Seine Majestät möge die Verfügung wegen Wiederanlegung der sogenannten Alben suspendieren. Die Alben, weiße Übergewänder über dem Talar, waren abgelegt worden, der König aber hatte befohlen, sie wieder anzulegen. Da sie nur in den lutherischen Kirchen getragen wurden, so hatte die Wiederanlegung der Alba den Unterschied der Konfessionen wieder neu ad oculos demonstriert. Man wünschte die bisherige, beiden Konfessionen gemeinschaftliche Amtstracht beizubehalten.

Zuletzt gaben — nach einem Dankgebet, „die so glücklich vereinten Synodalen“ einander den Friedens- und Bruderfuß“. Auch Scheibel? Darüber steht nichts im Protokoll. Aber als nachher jeder Synodale das Protokoll feierlich mit Namen und Titel unterfertigte, schrieb Scheibel nach seinem Namen und Amtsstellung: „unterschreibt seine im Protokoll angeführte Überzeugung, welche sich auch über Nr. 13, 14, 15 der oben angegebenen Punkte, in Absicht auf mehr biblische Genauigkeit von der Gegenwart des Herrn im heiligen Abendmahl erstreckt, und wird, wie angezeigt, das Ausführlichere einreichen“.

4.

Die Synode war geschlossen, die Fakultät sehr befriedigt. Aber diese Befriedigung hatte keinen Bestand. Die Erlaubnis zur öffentlichen Drucklegung wurde nicht erteilt. Gedruckt wurden die Verhandlungen nur „statt einer Abschrift“. Auch scheint es, als habe das Konsistorium Bedenken gehabt. Denn nicht das Konsistorium, sondern die Fakultät reichte die Verhandlungen nach Berlin ein. Die Fakultät richtete ein Immediatgesuch an den König. Sie legte die

Bedeutung der Synode dar, brachte aber auch die Sache der Alben zur Sprache.

Wahrscheinlich hat sie auf eine sehr freundliche Aufnahme des Berichts gerechnet. Es war ja das Werk des Königs, das sie hatte fördern wollen. Es war ihr also sicher eine sehr ärgerliche Überraschung, daß der Minister es ablehnte, das Gesuch dem Könige vorzulegen (12. 12. 1822). Warum geschah das? E. Foerster macht darauf aufmerksam (Bd. II S. 46), daß der König kurz vorher aus bestimmtem Einzelanlaß gerade nach Schlesien hatte eine Verfügung ergehen lassen, die die Beibehaltung der Verpflichtung der Pfarrer auf die symbolischen Bücher zum Gegenstand hatte. Er wollte ihre Aufhebung oder Außerkraftsetzung nicht. Seine Absicht war, nur den Konsensus der beiden Konfessionen in Kraft zu belassen, diesen aber auch wirklich. Außerdem hatte die Breslauer Synode die Herstellung einer „äußerlichen“ Einigung in Brauch und Verfassung als nicht notwendig bezeichnet, ja die Fakultät hatte das „Äußerliche“ ganz beiseite geschoben. Der König aber legte großes Gewicht auf gemeinsamen Abendmahlsritus wie auf einheitliche Gottesdienstordnung überhaupt. Dem theologischen Berater des Königs, Bischof Eylert, schien der Breslauer Weg verfehlt; auf diese Weise werde die Union nicht zustande kommen. Aber die Breslauer Fakultät gab sich mit der Ablehnung nicht zufrieden. Sie beschwerte sich unmittelbar beim Könige (4. 2. 1823). Erfolg hatte sie nicht. Minister Altenstein legte dem König dar, es seien unter den Beschlüssen der Synode solche, die dem Bekenntnis der evangelischen Kirche zuwiderliefen oder das Ansehen der Bekenntnisschriften zu entkräften suchten. „Eine Union, auf diese Grundsätze gebaut und von diesem Geiste beseelt, wird E. M. ebenso mißfällig sein, wie sie sich in ihren Wirkungen verderblich erweisen müßte“. Das Ergebnis war, daß der König die Beschwerde der Fakultät gar nicht beantwortete.

Damit war die Synode zur Episode geworden.

5.

Aber diese Episode ist lehrreich. Sie zeigt, daß in der schlesischen Geistlichkeit die Stimmung durchaus und weit überwiegend für die Union war. Natürlich waren die Gegner zahlreicher, als die Synode erkennen ließ. Aber die große Mehrheit wollte „Vereinigung“.

Sie war sogar bereit, viel weiter zu gehen als der König. Sie war für volle Lehrunion. Sie ging in anderer Richtung

auch weiter als die unionsbegeisterte Fakultät. Diese wollte hinsichtlich des Äußerlichen vorsichtig zurückhalten; die Synode hielt Einheitlichkeit des Ritus für wünschenswert, wenn auch nicht für notwendig. Sie war in der Mehrheit sehr wahrscheinlich rationalistisch gestimmt; der König war es nicht.

Scheibel allein dissentierte. In der Provinz aber hatte er Gefinnungsgenossen. Sein einsamer Widerspruch war der Auftakt zur Separation.

Der wunderliche Anhang der Albenfrage endete nicht im Sinn der Synode. Aber die Alben wieder allgemein zu machen und dauernd zu erhalten, ist doch nicht gelungen.

Sibyllenort, Kr. Ols.

D. M. Schian.